



Protokoll der 30. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. März 2023, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Baumgartner Verena (GL), Erni Benjamin (EVP), Muheim Alexandra (SP), Schenker Lena (GL) und Siegwart Albert (GL)

Traktanden	Laufnummer
<u>Traktandenliste</u>	-
<i>://: Der Rat beschliesst einstimmig, dass die dringliche Interfraktionelle Resolution «A22 unter den Boden: Aufnahme im strategischen Entwicklungsprogramm (STEP) des Bundes» an der heutigen Sitzung behandelt wird.</i>	2023-166
<i>://: Die Absetzung des Geschäfts betreffend das Postulat «Toilettensituation Spielplätze» wegen Abwesenheit von zwei Postulanten wird einstimmig zugestimmt.</i>	2022-122
1. Dringliche Interfraktionelle Resolution «A22 unter den Boden: Aufnahme im strategischen Entwicklungsprogramm (STEP) des Bundes <i>://: Die Resolution wird einstimmig verabschiedet.</i>	2023-166
2. Protokolle der Ratssitzungen vom 25.01.2023 und 15.02.2023 <i>://: Die Protokolle vom 25.01.2023 und 15.02.2023 werden einstimmig genehmigt.</i>	-
3. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommission (SBK) <i>://: Gemäss Wahlvorschlag der SP-Fraktion werden einstimmig Séverin Salathe (SP) als SBK-Präsidentin sowie Jacques Heller (SP) als SBK-Mitglied gewählt.</i>	2023-162
4. Entwicklungs- und Finanzplan 2023-2027 – Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) <i>://: Vom EP 2023-2027 wird einstimmig Kenntnis genommen. ://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis vom Stellenplan.</i>	2022-136 2022-136a 2022-136b 2022-136c
5. Fragestunde <i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 11 Fragen beantwortet.</i>	-

- | | | |
|----|---|-----------------------|
| 6. | Schulfach Medien und Informatik – Berichte Stadtrat sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)
<i>://: Den Anträgen des Stadtrates und der SBK wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt und der Kredit von CHF 509'000.-- zur Einführung des Schulfachs Medien und Informatik für die Jahre 2023-2026 bewilligt.</i> | 2022-151
2022-151a |
| 7. | Kreuzung Büchelistrasse/Rosenstrasse/Gestadeckplatz – Bericht Stadtrat zu Postulat «Kreuzung Büchelistrasse/Rosenstrasse/Gestadeckplatz» von Yves Jenni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2021-53
2021-53a |
| 8. | Toilettensituation Spielplätze – Bericht Stadtrat zu Postulat «Toilettensituation auf den Spielplätzen in Liestal» von Benjamin Erni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Séverine Salathe der SP-Fraktion
<i>Absetzung von Traktandenliste.</i> | 2022-122
2022-122a |
| 9. | Steuersenkung – Motion «Steuersenkung jetzt und kalkulierbar» von Peter Küng und Patrick Mägli der SP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-161 |

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Sitzung, welche letztmals vor den Umbauarbeiten des Regierungsgebäudes hier im alten Landratssaal stattfinden wird.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr durch eine Pause unterbrochen und um ca. 20.00 Uhr geschlossen.
- Der Amtsbericht 2022 (Nr. 2023-163) ist der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zur Vorprüfung überwiesen worden.
- Der Detail-Terminplan 2024 ist vom Büro verabschiedet und den Ratsmitgliedern vom Ratschreiber bereits zur Kenntnisnahme übermittelt worden.
- Die Präsidentinnen und Präsidenten der einwohnerrätlichen Kommissionen möchten bitte bis am Schluss der heutigen Sitzung den neuen Rathausschlüssel bzw. Batch beim Ratschreiber abholen.
- Ab den Frühlingsferien 2023 wird während einem Jahr das Regierungsgebäude saniert. Für diese Zeit werden die Einwohnerratssitzung vom 3. Mai 2023 bis 20. März 2024 im Bauzeitprovisorium an der «Kasernenstrasse 31» stattfinden. Die Ratsmitglieder werden vorgängig der nächsten Ratssitzung vom 3. Mai 2023 noch über verschiedene organisatorische Belange informiert.

Neue persönliche Vorstösse

- Mobiles Grün – Postulat «Mobiles Grün für Liestal» von Sibylle Schenker und Vreni Baumgartner der Grünen Fraktion (Nr. 2023-165)
- Resolution A22 – Dringliche Interfraktionelle Resolution «A22 unter den Boden: Aufnahme im strategischen Entwicklungsprogramm (STEP) des Bundes (Nr. 2023-166)
- Suuberi Fasnecht – Postulat «Für e suuberi Fasnecht» von Dominique Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2023-167)
- Gastronomiefreundliche Fasnacht – Postulat «Für eine gastronomiefreundliche Fasnacht» von Dominique Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2023-168)
- Aufwärmen für soziale Randgruppen – Interpellation «Möglichkeit zum Aufwärmen für soziale Randgruppen» von Florian Abt der SP-Fraktion (Nr. 2023-169)
- Schulweg Goldbrunnenquartier zum Mühlemattschulhaus – Interpellation für die Absicherung des Schulweges vom Goldbrunnenquartier zum Mühlemattschulhaus von Denise Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2023-170)
- Wehrmanns-Denkmal – Interpellation «MEIN LIESTAL – Wehrmanns-Denkmal im neuen Stadtpark» von Peter Bürgin namens der FDP-Fraktion (Nr. 2023-171)
- Schuldenbremse – Postulat «Prüfung einer Schuldenbremse» von Bruno Imsand und Roger Ballmer namens der FDP-Fraktion (Nr. 2023-172)

Stimmzähler*innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- Yves Jenny (Ersatzm. GLP/EVP/Die Mitte) Seite A (SP, GL)
- Thomas Eugster (FDP) Seite B (SVP, EVP/GLP/Die Mitte, Teil GL)
- Florian Abt (SP) Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler bittet um die Mitwirkung des Einwohnerrates im Zusammenhang mit der vom Stadtrat ausgelösten Klimagasanalyse zur Erstellung der CO2-Bilanz. Der Ratsschreiber wird den Ratsmitgliedern morgen den Link für die Beteiligung an der Umfrage übermitteln. Der zeitliche Aufwand ist gering und den Ratsmitgliedern möchte er bereits an dieser Stelle den besten Dank für das Ausfüllen des Fragebogens aussprechen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert mittels einer Power-Präsentation, welche den Ratsmitgliedern noch zur Kenntnisnahme gemailt wird, über den Stand der SBB-Baustellen: Beim Bau des neuen SBB-Gebäudes kommt man gut voran. Etwas mühsam ist die Baustelle in der Orstal-Strassenunterführung, welche vom 23. März bis voraussichtlich im September dauert und gar Teilspernungen der Unterführung nötig macht. Beim Sichternsteg wurde die Stahlkonstruktion montiert und die Betonarbeiten sind in Ausführung. Bei der Gartenstrasse sind noch zahlreiche Bauarbeiten der SBB sowie Werkleitungsarbeiten und weitere Arbeiten in Gange. In der Gartenstrasse hatte die Kehrriechtabfuhr in der Vergangenheit nicht immer geklappt und allfällige Kehrriechteinsammlungen durch die Betriebe werden den SBB in Rechnung gestellt. Die betroffene Anwohnerschaft wird über die Sperrung des Senfiweg während den Schulferien sowie die Aufhebung von öffentlichen Parkplätzen am Quellenweg für die Dauer von einer Woche informiert. Der letzte Infoapéro vom 23. März 2023 ist von rund 100 Besuchern gut besucht worden.

Stadträtin Pascale Meschberger informiert darüber, dass mit dem neuen Zivilschutz-Gesetz unter anderem auch das Dienstalder zurückversetzt wird, was zu geringeren Mannschaftsbeständen führen wird. In unserer Region werden die Zivilschutzorganisationen Ergolz, Altenberg und Ebenrain fusionieren. Man ist gut im Zeitplan und in absehbarer Zeit wird dieses Geschäft auch dem Einwohnerrat zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Hanspeter Meyer (SVP) orientiert, dass die SVP-Fraktion das Verfahrenspostulat «Stellvertretung in Kommissionen» (Nr. 2022-140) zurückzieht. Der Rückzug des Vorstosses wird damit begründet, dass man nach den ersten Diskussionen gemerkt habe, dass ein Grossteil des Einwohnerrates keine Stellvertretung in den einwohnerrätlichen Kommissionen wünscht, wie dies mit dem Verfahrenspostulat vorgeschlagen wurde.

Daniel Schwörer (FDP) informiert darüber, dass der Einwohnerratsausflug 2024 vorgezogen am Abend vom 1. November 2023 stattfinden wird. Der Ratsschreiber wird zur gegebenen Zeit noch einen ergänzten Detailterminplan verschicken.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) bemerkt, dass die *dringliche interfraktionelle Resolution «A22 unter den Boden: Aufnahme im strategischen Entwicklungsprogramm (STEP) des Bundes (Nr. 2023-166)* den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail zur Kenntnisnahme übermittelt wurde.

Die Resolution ist nur von einigen wenigen Einwohnerratsmitgliedern noch nicht unterzeichnet worden und wird deshalb an der heutigen Ratssitzung beraten, sollte dies der Rat beschliessen.

Die Fraktionssprecher möchten sich deshalb nun zur Dringlichkeit äussern.

Thomas Eugster (FDP) äussert als FDP-Fraktionssprecher, dass die Dringlichkeit dadurch gegeben ist, dass in Bundesbern aktuell das strategische Entwicklungsprogramm (STEP) behandelt wird. Damit das Begehren «A22 unter den Boden» im STEP aufgenommen wird, müsste die Resolution vom Einwohnerrat jetzt und heute verabschiedet werden, damit dies in der laufenden Diskussion in Bern noch berücksichtigt wird.

Patrick Mägli (SP) ergänzt als Sprecher der SP-Fraktion, dass auch seine Fraktionsmitglieder die Dringlichkeit des Vorstosses bzw. die Resolution unterstützen werden.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass bezüglich der Dringlichkeit der Resolution keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass die dringliche Interfraktionelle Resolution «A22 unter den Boden: Aufnahme im strategischen Entwicklungsprogramm (STEP) des Bundes» (Nr. 2023-166) an der heutigen Sitzung beraten wird.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert darüber, dass die Verfasser des Postulates «Toiletten-Situation auf den Spielplätzen» (Nr. 2022-122) den Antrag stellen, dass das Geschäft wegen Abwesenheit von zwei der drei Postulanten von der Traktandenliste abgesetzt wird.

Sie kann feststellen, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass der stadträtliche Bericht zum Postulat «Toilettensituation Spielplätze» (Nr. 2022-122) von der heutigen Traktandenliste abgesetzt wird.

://: Die Traktandenliste der heutigen Ratssitzung wird einstimmig gemäss Einladungsschreiben vom 15. März 2023 mit den heutigen Änderungen beschlossen, wobei die «Fragestunde» gemäss ER-Geschäftsreglement im Anschluss an die Sitzungspause stattfinden wird.

249 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Interfraktionelle Resolution «A22 unter den Boden: Aufnahme im strategischen Entwicklungsplan (STEP) des Bundes (Nr. 2023-166)»

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert, dass die Resolution bzw. ER-Vorlage Nr. 2023-166 den Ratsmitgliedern am gestrigen Nachmittag zur Kenntnisnahme gemailt wurde.

Die Resolution ist vom Einwohnerrat grossmehrheitlich unterzeichnet worden. Die Resolution kann bis nach der heutigen Sitzungspause noch bei Ratsmitglied Thomas Eugster (FDP) unterschrieben werden.

Die definitive Fassung der Resolution wird den Ratsmitgliedern noch zur Kenntnisnahme zugestellt und auf der Homepage eingestellt.

Gemäss § 53 des ER-Geschäftsreglements gilt die Resolution als zustande gekommen, wenn 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder dieser bei der anschliessenden Abstimmung zustimmen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt zum Resolutionsbegehren Stellung und erklärt, dass der Stadtrat froh über die Meinungsäusserung und die Resolution des Einwohnerrates ist. Wie bereits bei der vorgängigen Beratung und Beschlussfassung bezüglich der Dringlichkeit festgehalten wurde, wird das strategische Entwicklungsprogramm STEP aktuell im Nationalrat beraten. Es ist deshalb wichtig, dass der Einwohnerrat mit der Resolution ein Signal in Richtung Bern und auch Richtung Kanton setzt, denn im STEP-Entwurf des Bundes erscheint die A22 weder im Bereich «Sanierung» noch «Neuerstellung». Die 750 Meter lange Brücke verläuft über der Ergolz, ist sanierungsbedürftig und auch hinsichtlich des Umweltschutzes problematisch. Bei einer Fragestunde im Bundesrat wurden auch Lärmschutzmassnahmen in Betracht gezogen. Der Kanton hatte bereits beim Übergang der A22 an den Bund ein Sanierungsprojekt eingereicht, doch diesbezüglich hatte man vom ASTRA noch nicht viel gehört. Das politische Eingreifen mit der Resolution und ein Lobbying in Bern macht Sinn, was hoffentlich auch von Politikern in Bundesbern, dem Kanton und den umliegenden Gemeinden unterstützt wird. Dass die A22 unter den Boden kommt, ist nicht nur für Liestal, sondern auch für die umliegenden sowie angrenzenden Gemeinden und Benützer der A22 wichtig. Die Sanierung darf nur eine Übergangslösung sein und es bedarf einer Zweckmässigkeitsbeurteilung auf Stufe Bund, damit das Projekt gestartet wird.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt als Fraktionssprecher der FDP, dass er bereits vorgängig auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen hatte, da die A22 doch eine schwere Hypothek für Liestal und die ganze Agglomeration ist. Das Viadukt über der Ergolz wäre heute gar nicht mehr bewilligungsfähig und muss schon als Bausünde bezeichnet werden, zumal mit der A22 das Siedlungsgebiet von Liestal durchschnitten wird. Bezüglich dem Tunnelprojekt des Kantons hatte man nach dem Übergang der A22 an den Bund von der ASTRA nichts mehr gehört. Das Sanierungsprojekt muss ja ebenfalls rechtzeitig aufgegleist werden, wobei dieses auf die Tunnelvariante abgestimmt werden müsste. Es kann nicht sein, dass keine Massnahmen bezüglich der A22 im STEP vorgeschlagen werden, obwohl das ganze Dossier nun doch schon seit längerer Zeit in Bern bzw. bei der ASTRA liegt. Mit der Verabschiedung der Resolution sollte man aber doch vermehrte Aufmerksamkeit erhalten.

Michael Durrer (GL) führt als Sprecher der Grünen Fraktion aus, dass die wichtigsten Punkte in der Resolution festgehalten sind und er diese nun nicht aufzählen möchte. Für ihn als Grünen ist es nicht gerade eine alltägliche Aufgabe, sich bei der ASTRA für ein Strassen- oder Tunnelprojekt stark zu machen. Im vorliegenden Fall der A22 geht es aber nicht um ein «nice to have» für Liestal, da bereits im Jahr 2017 sofortige Sanierungsmassnahmen nötig waren, damit eine Verlängerung der Nutzungsdauer um ein paar wenige Jahre ermöglicht werden konnte. Auch mit den neuen zusätzlichen Sanierungsarbeiten können nur wenige Jahre gewonnen werden. Und in wenn man die Planungshorizonte in der Schweiz kennt, müssen

mögliche Projekte und Lösungen wie eine Tunnellösung usw. nun unverzüglich in Angriff genommen werden. Wir alle wissen, was es heisst bzw. welche Konsequenzen es hat, wenn die A22 auch nur für kurze Zeit gesperrt werden muss und ein solches Verkehrschaos muss unbedingt vermieden werden, sollte beispielsweise das Ergolzviadukt nicht mehr benutzt werden können. Es muss nun etwas gehen und deshalb unterstützt die Grüne Fraktion die dringliche Resolution ebenfalls.

Stefan Fraefel (Die Mitte) informiert, auch die GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion unterstützt die Resolution. Da der Sanierungsbedarf der A22 bzw. des Ergolzviadukts unbestritten ist, erstaunt es doch schon, dass man diesbezüglich im STEP nichts liest. Aus Nationalstrassen-Optik könnte man ja vielleicht gar auf die Idee kommen, dass man auf die Sanierung der A22 verzichtet, denn schliesslich könnte man ja vom Waldenburgerthal her auch über Sissach nach Basel gelangen. Man ist guter Hoffnung, dass die Resolution etwas bringen wird und man auch in Bundesbern am Ball bleibt.

Patrick Mägli (SP) teilt als Sprecher der SP-Fraktion mit, dass zu diesem Geschäft schon vieles gesagt wurde und seine Fraktion die Resolution natürlich ebenfalls unterstütze. Es ist wichtig, dass man nun dieses Sanierungsprojekt angeht, ein Verkehrschaos in Liestal verhindert werden kann und man das Projekt für eine Tunnellösung in Angriff nimmt.

Daniel Jurt (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecher, dass seine Fraktion die Resolution ebenfalls unterstütze. Liestal ist nicht die einzige Gemeinde, welche unter dem Verkehr zu leiden hat und ein Weckruf in Bern mittels der vorliegenden Resolution macht Sinn. Der Raum Nordwestschweiz und insbesondere Liestal sind sehr stark von der A22 betroffen. Die Sanierung der A22 soll nicht zu einem Provisorium werden, sondern es muss ernsthaft ein Projekt in Angriff genommen werden, welches natürlich Zeit braucht, dann aber doch einmal die A22 zur Geschichte werden lässt.

Werner Fischer (FDP) findet es als Einzelsprecher sehr wichtig, dass unbedingt darauf geachtet werden muss, dass es während der Sanierung der A22 zu keinem Verkehrskollaps in Liestal kommt. Uns allen ist bewusst und bekannt, was es für Folgen hat, wenn die A22 auch nur für ein paar Stunden gesperrt wird.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) kann feststellen, dass zum Geschäft bzw. zur Resolution keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Resolution «A22 unter den Boden» (Nr. 2023-168) wird einstimmig verabschiedet.

250 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Protokolle der Ratssitzungen vom 25.01.2023 und 15.02.2023

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert, dass das Büro dem Rat die Genehmigung der beiden Protokolle vom 25. Januar 2023 und 15. Februar 2023 beantragt, da beim Büro keine Änderungsanträge eingegangen sind.

Sie kann nach Umfrage feststellen, dass bezüglich der letzten beiden Sitzungsprotokolle keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 25.01.2023 und 15.02.2023 werden einstimmig genehmigt.

251 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommission (Nr. 2023-162)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich die Ratsmitglieder mit einverstanden erklären können, dass offen und en globo gewählt wird.

Sie kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SP-Fraktion werden einstimmig folgende Ratsmitglieder in die einwohnerrätliche Kommission SBK gewählt:

Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

- Salathe Séverine (SP) anstelle von Meschberger Dominique (SP) als SBK-Präsidentin
- Heller Jacques (SP) anstelle von Salathe Séverine (SP) als SBK-Mitglied

252 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Entwicklungs- und Finanzplan 2023-2027 (Nr. 2022-136) – Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) informiert, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt werden soll:

- a) *Eintreten*
- b) *Bericht FIKO (Nr. 2022-136a)*
- c) *Bericht BPK (Nr. 2022-136b)*
- d) *Bericht SBK (Nr. 2022-136c)*
- e) *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
- f) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*
- g) *Einzelredner: Stellungnahmen*
- h) *Anträge*

a) Eintreten

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

b) Bericht FIKO (Nr. 2022-136a)

Bruno Imsand (FDP) stellt als Vizepräsident der FIKO und Verfasser des Kommissionsberichtes den FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-136a vor: Der Entwicklungs- und Finanzplan (EP) ist wiederum ein sehr ausführliches Dokument, welches nicht nur Zahlenfriedhöfe, sondern sehr viel Herzblut beinhaltet. Vergleicht man den EP von Liestal mit Entwicklungsplänen anderer Gemeinden, so hat man schon das Gefühl, dass Liestal diesbezüglich in einer eigenen Liga spielt. Wichtig ist, dass im EP die strategischen Ziele in den Vordergrund gestellt werden und somit kann bei jeder neuen ER-Vorlage überprüft werden, ob diese nun den strategischen Zielen gemäss EP entspricht. Bei der Vorberatung des EP ist in der FIKO die grosse Frage aufgetaucht, ob denn nun Liestal das Schlimmste überstanden hat, geht es nun vorwärts und sehen wir wieder etwas Licht am Ende des Tunnels? Die FIKO ist zuversichtlich, dass es in die erhoffte Richtung geht, zumal in diesen Tagen vom Kanton eine positive Rechnung mit einem Überschuss von 290 Mio. Franken präsentiert wurde, was insbesondere auch auf höhere Steuereinnahmen von 150 Mio. zurückzuführen ist. Diese positive Entwicklung wird man wohl auch in den Gemeinden feststellen. Zentral ist für Liestal aber nach wie vor die Aufgabenüberprüfung, denn diese ist wichtig, damit die vom Stadtrat formulierten Ziele auch erreicht werden können. Lange wurde in der FIKO auch der Stellenplan beraten und bezüglich den Stellenprozenten sowie Lohnvergleichen kann man feststellen, dass die Stadt Liestal als Arbeitgeberin durchaus konkurrenzfähig ist. Der Stellenplan ist etwas angewachsen und damit können verschiedene Arbeiten durch eigene Mitarbeitende erledigt werden, weshalb diese nicht extern ausgelagert werden müssen. Thematisiert wurden auch die Auswirkungen bei einer Bevölkerungszunahme von netto 300 Personen bezüglich der Steuereinnahmen usw. Die FIKO beantragt einstimmig den städträtlichen Anträgen zuzustimmen.

c) Bericht BPK (Nr. 2022-136b)

Werner Fischer (FDP) hält die wichtigsten Punkte des BPK-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2022-136b fest: Er unterstreicht die Aussage seines Vorredners und findet, dass der EP ein sehr spannendes und wichtiges Planungsinstrument ist. Erstmals hatten die Präsidien der FIKO, BPK und SBK an einer gemeinsamen Sitzung, die von den einwohnerrätlichen Kommissionen zu prüfenden Schwerpunkte definiert. Hinsichtlich der Schulbauten kann festgestellt werden, dass beim Schulhaus Mühlematt aktuell Unterhaltsarbeiten ausgeführt werden, da dieser zusätzliche Schulraum bis zur Fertigstellung der Schulanlage Fraumatt benötigt wird. Die wichtigsten Instandsetzungsarbeiten bei der Schulanlage Rotacker sind im BPK-Bericht aufgeführt. Sanierungsarbeiten sind auch in zahlreichen Kindergärten nötig und es ist natürlich bedauerlich, dass beispielsweise beim Kindergarten Schwieri eine energetische Nachrüstung wegen fehlenden finanziellen Mitteln nicht möglich ist. Es ist aus Sicht der BPK das einzige Manko, dass im EP bezüglich der Schulbauten und Kindergärten keine Strategie bezüglich den bevorstehenden grossen Brocken aufgezeigt wird. Ebenfalls ist der Mechanismus bezüglich der Erhebung von Infrastrukturbeiträgen bei QP-Verfahren besprochen worden, wie sie seit März 2019 erhoben werden. Im Kommissionsbericht kann die Berechnung dieser Beiträge nachgelesen werden. Die Investoren gehen mit konkreten Zahlen ungern an die Öffentlichkeit und deshalb ist der Umgang mit diesen Zahlen immer mit Vorsicht zu geniessen. Die ganz grossen Projekte, welche noch Infrastrukturbeiträge in die Kasse spülen könnten, werden wohl in Zukunft nicht mehr so gross sein. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit kann speziell die Umstellung auf die elektrische Mobilität bei den Kommunalfahrzeugen erwähnt werden. Die ER-Vorlage bzw. der Nachhaltigkeitsbericht ist vom Stadtrat noch vor den Sommerferien in Aussicht gestellt worden. Bezüglich der Biodiversität sind bereits Vereinbarungen unterzeichnet worden und Gelder geflossen. Auch wurde von der BPK die Neophyten-Bekämpfung thematisiert und es muss festgestellt werden, dass Liestal insbesondere bei den Gehölzen bzw. Götterbäumen doch recht zögerlich unterwegs ist. Bei der Wasserversorgung wurde eine zusätzliche Stelle geschaffen, weshalb weniger externe Kosten anfallen werden. Erfreut hat man zur Kenntnis genommen, dass doch rund 57 % der heutigen Wasserleitungen aus Kunststoff sind, dass der Wasserverlust auf rund 15 % reduziert werden konnte und die Wasseruhren neu durch Geräte mit Funkmodulen ersetzt werden. Trotz einigen wenigen Negativpunkten werden die Strategie und auch die Anträge des Stadtrates unterstützt.

d) Bericht SBK (Nr. 2022-136c)

Dominique Meschberger (SP) nimmt Bezug auf die Vorlage Nr. 2022-136c und dankt eingangs für die gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Verwaltung. Dem SBK-Bericht kann man entnehmen, dass man beim Kernthema die Raumproblematik angegangen wurde. Darunter hat besonders die Schule zu kämpfen. Aus bekannten Gründen erfährt der Gestadeck-Ersatzbau Verzögerungen und beim Fraumattschulhaus ist die Erweiterung erst in Planung. Auch das Frenkenschulhaus benötigt mehr Raum. Beim Rotackerschulhaus hat es genügend Räumlichkeiten, doch sind Renovationsarbeiten nötig. Künftig muss man sich schon überlegen, ob diesbezüglich ein grösseres Projekt schlussendlich nicht günstiger als ein etappiertes Vorgehen wäre. Bei der Schullergänzenden Tagesbetreuung kann ein erfreulicher Zuwachs verzeichnet werden, doch auch dort müssen die Räumlichkeiten für die Schüler ohne langen und gefährlichen Weg erreicht werden können. Das Projekt „Ausserschulische Lernorte“ kann bald einmal abgeschlossen werden und wird auch im Lehrplan aufgenommen. Im Bereich Sicherheit und Soziales kann man erfreut zur Kenntnis nehmen, dass unsere Sozialhilfe professionell organisiert ist und mit Unterstützung der Fachhochschule Luzern konnten die Abläufe optimiert werden, was sich insbesondere bei Fallablosungen positiv auswirkt. Traurig ist, dass immer mehr Jugendliche unter psychischen Problemen leiden. Liestal ist aber bezüglich präventiven Massnahmen mit der Schulsozialarbeit gut aufgestellt. Auch wurde die SBK über das Zivilschutz-Projekt „Dodici“ informiert. Der Kulturbereich wird im EP nicht thematisiert, doch wurde die Kommission vom Stadtpräsidenten über laufende Projekte sowie die zur Verfügung

gestellten finanziellen Mittel für Direkt- und Einzelförderungen informiert. Die stadträtlichen Anträge werden von der SBK ebenfalls unterstützt.

e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die drei wohlwollenden Kommissionsberichte. Mit den strategischen Handlungsfeldern wird definiert, was getan wird, damit es den Liestalerinnen und Liestalern sowie den Firmen in Liestal gut geht. Die dafür benötigten Ressourcen bzw. Frankenbeträge werden im EP ausgewiesen und der EP als Planungsinstrument ist nicht nur für den Einwohnerrat, sondern auch für den Stadtrat sowie die Verwaltung eine Strategiepapier und eine Richtschnur. Im EP 2023-2027 kann festgestellt werden, dass die früheren Annahmen und Folgen der Corona-Pandemie nicht wie erwartet eingetroffen sind. So sind beispielsweise die Steuererträge wesentlich besser, als diese angenommen und budgetiert wurden. Die Sozialhilfekosten sind nicht wie erwartet angestiegen, trotz Zinsaufschlägen und nicht gerade rosigen Konjunktur sowie Energiekrise sind die Zahlen schlussendlich besser als die Annahmen bei früheren Szenarien. Auch das nachhaltige Wachstum von Liestal ist erfreulich. Der Stadtrat hält an der Aufgabenüberprüfung fest. Beim Stellenplan sind zusätzliche Stellenprozente eingestellt, was nicht alleine auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen ist. Vielmehr können auch wieder verschiedene Aufgaben selbst erledigt werden, was nicht unbedingt billiger wird, doch hat man den Prozess und die Qualität besser im Griff. Der Fachkräftemangel hat zwischenzeitlich auch die Verwaltungen erreicht und die Stellenwiederbesetzungen sind auch für die Stadt Liestal nicht immer sehr einfach. Die Schulraumprognosen haben sich doch sehr gut bewährt und sind zudem ziemlich genau, was für die Schulraumplanung auch sehr wichtig ist. Die Herausforderungen sind bekannt und so ist dem Rat auch schon mehrmals gesagt worden, dass man sich aktuell riesige Sanierungskosten von 25 – 30 Mio. Franken für das Rotacker-Schulhaus einfach nicht leisten kann. Die Gebäudesubstanz ist aber eigentlich doch von guter Qualität und eine schrittweise Sanierung mit dem Austausch von Fenstern usw. macht Sinn. Und auch bei der Frenkenhalle war man von einem Sanierungsbetrag von 14 Mio. Franken ausgegangen, doch konnte diese mit einem guten Konzept wesentlich günstiger saniert werden. Bei den Pausenplätzen ist man auf Kurs und so ist in der Frenke ein naturnaher Platz in Zusammenarbeit mit den Schülern realisiert worden, wobei dieses Projekt auch mit finanziellen Mitteln einer Stiftung unterstützt wurde. Die Aussage der SBK-Präsidenten, dass man den Jugendlichen vermehrt ein Lächeln als ein Schimpfen entgegenbringen sollte, findet er gut und kann diese auch unterstützen. Mit der verdichteten Bauweise und dem Bevölkerungswachstum befinden sich immer mehr Leute auf einem engeren Raum, was eine vermehrte Toleranz aller erfordert. Abschliessend möchte er sich für die positiven Voten sowie die gute Aufnahme des EP in den vorberatenden Kommissionen nochmals bedanken.

f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Peter Küng (SP) stellt als SP-Fraktionssprecher fest, dass dem Einwohnerrat wiederum ein guter und inhaltlich interessanter EP vorgelegt wurde. Auch der FIKO wurde bei der Vorberatung aufgezeigt, welche Projekte bereits aufgegleist sind oder noch in Planung sind. Auch die vertiefte Analyse der Bevölkerungsentwicklung ist im EP gut dargestellt. Die Aufgabenüberprüfung ist ebenfalls auf gutem Weg. Insbesondere die Entwicklung im Zusammenhang mit dem Inscourcing und die diesbezügliche Zeitwende wird begrüsst. Seine Fraktion unterstützt den guten und umfassenden EP sowie den Stellenplan und bedankt sich beim Stadtrat sowie der Verwaltung für die sehr gut geleistete Arbeit.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt als Sprecher der SVP-Fraktion, dass man das Wesentliche der stadträtlichen Vorlage sowie den Kommissionsberichten entnehmen kann. Der EP ist sehr gut aufgestellt, doch gibt es ein paar Punkte, welche er speziell erwähnen möchte. Die finanzielle Lage hat sich gegenüber früher wesentlich verbessert und die Situation ist nicht mehr dunkelrot, sondern nur noch rot. Es kann noch keine Entwarnung gegeben werden, obwohl man doch optimistisch in die Zukunft blicken kann. Doch darf man nicht ausser Acht lassen, dass die Verbesserung der finanziellen Situation auf einmalige Einnahmen zurückzuführen ist. Hingegen kann man annehmen und hoffen, dass der Trend betreffend den grösseren Steuereinnahmen auf die Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen ist. Die Aufgabenüberprüfung hat viele Verbesserungen gebracht und muss unbedingt konsequent weitergeführt werden. Auch bei den Sozialhilfekosten hat man viel erreicht und so darf man hoffen, dass noch weitere Entlastungen eintreffen werden. Das Insourcing rechtfertigt die zusätzlichen Stellenprozente und auch seine Fraktion begrüsst diese Trendwende. Im EP wird auch aufgezeigt, dass mittelfristig eine Steuersenkung möglich sein sollte. Sorgen machen die Zinsentwicklung sowie die Übernahme zusätzlicher Aufwendungen durch die Gemeinden von Bund und Kanton. Gemäss heutiger Mitteilung weist der Kanton gemäss Rechnungsabschluss 2022 einen Überschuss von 290 Mio. Franken aus und eine Umverteilung der Steuererträge zu Gunsten der Gemeinden ist nötig. Seine Fraktion bedankt sich ebenfalls für die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit der EP-Ausarbeitung und wird den Anträgen zustimmen.

Roger Ballmer (FDP) erklärt als FDP-Fraktionssprecher, dass ein gescheiter Mensch einmal gesagt habe, dass Prognosen immer dann schwierig sind, wenn sie die Zukunft betreffen. Der Stadtrat und die Verwaltung haben diese Aufgabe im Zusammenhang mit der EP-Ausarbeitung sicher gut gemeistert. Trotz schwierigem Umfeld und vielen Ungewissheiten kann ein EP präsentiert werden, welcher nachvollziehbar und transparent ist. Erfreut nimmt man zur Kenntnis, dass jährlich ein Gewinn von rund 0,5 Mio. Franken inkl. Infrastrukturausgaben ausgewiesen wird. Erfahren nun aber QP's Verzögerungen, so machen uns die wegfallenden Infrastrukturbeiträge gleich wieder einen Strich durch die Rechnung. Das Ziel für die Selbstfinanzierung der Investitionen kann noch nicht erreicht werden und es muss weiterhin Fremdkapital aufgenommen werden. Die Verschuldung wird auf rund 70 Mio. Franken anwachsen und dies in einem Umfeld mit steigenden Zinsen. Aus diesem Grund ist von der FDP-Fraktion auch das Postulat Nr. 2023-172 „Schuldenbremse“ eingereicht worden. Bei der Aufgabenüberprüfung liegt ein Potenzial von jährlich rund 4 Mio. Franken, weshalb diese unbedingt und konsequent weiterverfolgt werden muss. Einige grössere Hochbauprojekte, insbesondere im Schulraumbereich, mussten wegen den fehlenden finanziellen Mitteln nach hinten hinausgeschoben werden und so hofft man auf eine finanzielle Entlastung auf Ende der Planungsperiode, damit auch diese angegangen werden können. Es liegt ein abgestimmter Finanz- und Entwicklungsplan vor, mit welchem man die strategischen Ziele nicht aus den Augen verlieren sollte. Den Anträgen wird man ebenfalls zustimmen und auch möchte man sich dem Dank an den Stadtrat und die Verwaltung anschliessen.

Michael Durrer (GL) bemerkt als Sprecher der Grünen Fraktion, dass dem Rat seit Jahren ein guter und ausführlicher EP präsentiert wird, was er wiederum verdanken möchte. Der EP ist ein sehr wichtiges Planungsinstrument, in welchem die Schwerpunkte, Prognosen und Zielsetzungen definiert sind. Es darf doch festgestellt werden, dass Liestal in den letzten Jahren nicht viel falsch gemacht wurde, da die stadträtliche Strategie verhält, welche von allen Fraktionen unterstützt wird. Die Wachstumsstrategie mit Fokus auf die Lebensqualität verhält, die Steuererträge nehmen zu, Investitionen werden weiterhin getätigt und die Aufgaben werden überprüft bzw. reduziert. Die Verschuldung nimmt auch in dieser Planperiode zu und der finanzielle Handlungsspielraum ist nach wie vor gering. In vielen Bereichen stehen grosse Aufgaben und Herausforderungen an, doch gibt es noch viele Dinge und Punkte, die uns aktuell noch gar nicht bekannt sind. Wir sind auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel und die Herausforderungen werden auch in Zukunft nicht einfacher werden. Es gibt aber keinen Grund, diesen positiven Weg aber zu verlassen, damit gar diese Entwicklung auf das Spiel gesetzt wird.

Domenic Schneider (GLP) kann als Fraktionssprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion zusammenfassend für all das heute Gehörte sagen, dass der EP umfassend, nachhaltig und zukunftsorientiert ist.

g) Einzelredner: Stellungnahmen

Séverine Salathe (SP) findet es gut, wie die zum Teil komplexen Themen angegangen und bearbeitet werden, wie die Ressourcen umsichtig eingeschätzt werden und wie man doch auf eine menschliche Art vorgeht. Die Schulraumplanung ist ihrer Fraktion schon sehr wichtig und auch zur Jugend muss Sorge getragen werden. Speziell danken möchte sich auch Dominique Meschberger (SP), welche heute letztmals als Präsidentin einen SBK-Bericht vorgestellt hatte.

h) Anträge

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

Sie lässt nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen, welche von allen drei vorberatenden Kommissionen unterstützt werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2023-2027 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) zur Kenntnis.

://: Vom Stellenplan wird einstimmig Kenntnis genommen.

253 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Fragestunde

1. Frage / Lukas Heinzelmann (SVP) – Abfallkonzept bei Neubauten

Bei der Neuen Wohnüberbauung an der Gasstrasse, ist nach kurzer Zeit der Unterflurcontainer voll und die Bewohner stellen die Mühsäcke nebendran, was natürlich Füchse und Vogel anzieht und diese Tiere lieben es, diese Säcke zu durchwühlen, man kann sich ja selber vorstellen wie die Sammelstelle und Trottoir aussieht. Noch schlimmer finde ich, ist der ganze Plastik Mühl wo in der Ergolz landet.

Nach einem Telefonat mit der Verwaltung der Stadt Liestal, wurde mir gesagt, dass die Stadt nicht verantwortlich ist für die Abfall Entsorgung bei dieser Liegenschaft, sondern die Liegenschaftsverwaltung, welchen diesen aber nur 1x im Monat geplant hat.

Sind diese Sammelstellen zu klein konzipiert für so viele Wohnungen oder müsste mehr eingesammelt werden?

Muss bei der Planung schon darauf geschaut werden, dass der Abfall mehr abtransportiert wird als nur 1 x im Monat?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Ihre Antwort gibt sie auch auf die Frage Nr. 7 von Peter Küng zum gleichen Thema. Bei der Überbauung Aurisa ist ein Unterflurcontainer-Modell mit anderen Dimensionen angeschafft worden als bei der Stadt Liestal und es braucht auch ein separates Abfuhrfahrzeug. Für die Container-Leerung zeichnen die Vermieter zuständig und diese sind bereits zu weiteren Massnahmen und Besserungen aufgefordert worden.

2. Frage / Lukas Heinzelmann (SVP) – Erste Hilfe: Weiterbildung für Mitarbeiter Stadt Liestal

Studien haben gezeigt, dass die ersten 10 Minuten nach einem Herzstillstand über Leben oder Tod entscheiden können.

Beim Rathaus ist ein Defibrillator AED montiert, dieser ist sehr wichtig und unersetzlich, da dieser im Notfall und bei einer richtigen Anwendung, eine bis zu 60% Überlebenschance bieten kann.

Sind die Mitarbeiter der Stadt ausgebildet diesen zu benutzen und können die Mitarbeiter im Notfall eine Herzmassage durchführen?

Wenn nicht, wäre es möglich die Mitarbeiter der Stadt, alle 2 Jahre an einer Weiterbildung zu Schulen?

Stadtpräsident Daniel Spinner: Einige Mitarbeiter haben bei einer First-Responder-Ausbildung im Zivilschutz Ergolz teilgenommen. Im Rahmen der Betriebssicherheit und betrieblichen Gesundheitsförderung werden 10 First-Responder im Werkhof und Rathaus ausgebildet und alle 2 Jahre rezertifiziert. Alle 3 Jahre können die Mitarbeitenden der Stadt Liestal zudem einen Ersthilfe-Kurs auf freiwilliger Basis besuchen. Zudem ist der Stadtverwalter ausgebildeter und SRC-zertifizierter Ersthilfe-Instruktor und der Stadtpräsident war 19 Jahre in der Feuerwehr, wobei er vor zwei Jahren noch einen Kurs bei seinem Arbeitgeber besucht hatte.

3. Frage / Markus Rudin (SVP) – Parkplätze an Militärstrasse: Dauerparkierer

Auf zwei Parkplätzen an der Militärstrasse steht seit ca. drei Monaten ein Fahrzeug mit französischen Kennzeichen. Vermutlich entgehen wegen dieser Situation der Stadtkasse einiges an Parkgebühren! Ist dieser Zustand dem Stadtrat bekannt und was wird in dieser Sache unternommen?

Stadträtin Pascale Meschberger: Die erwähnten Fahrzeuge sind nicht mehr zugelassen und dem Stadtrat auch bekannt. Für das Verfahren gibt es klare gesetzliche Vorgaben und erst nach Ablauf der Frist können diese abgeführt werden.

Markus Rudin (SVP) merkt an, dass diese Fahrzeuge doch auch rund 20 Meter nebenan auf dem Gitterliareal abgestellt werden könnten, damit die 2 belegten Parkplätze wieder frei wären. Diese Überlegung muss nicht kommentiert oder als Frage beantwortet werden.

4. Frage / Markus Rudin (SVP) – Angriffe auf Personen

Anfangs März sind in Liestal, wie man aus den Medien und von Anwohner vernommen hat, im Gebiet Allee und Schwieri in kurzer Zeit einige Angriffe auf Personen ausgeübt worden. Was ist von Seite Stadt Liestal in der Zwischenzeit unternommen worden und was wird präventiv, damit solche Angriffe in Zukunft verhindert werden können unternommen?

Stadträtin Pascale Meschberger: Die zwei Gewaltdelikte sind innerhalb weniger Tage passiert, doch waren es zwei ganz unterschiedliche Delikte. Sie weiss auch nicht mehr und dürfte aus ermittlungstaktischen Gründen auch nicht mehr dazu sagen.

5. Frage / Dominique Meschberger (SP) - Schwerhörigen-Anlage in Engelsaal

Die Stadt hat nun den Engelsaal übernommen. Ist sich die zuständige Verwaltungsstelle bewusst, dass beim Umbau eine Schwerhörigen-Höranlage eingebaut werden muss? Dies auf Grund des eidgenössischen Behindertengleichstellungsgesetzes von 2004.

Stadtrat Daniel Muri: Ja, dem Stadtrat ist bekannt, dass eine Schwerhörigen-Höranlage gemäss Behinderten-Gleichstellungsgesetz einzubauen ist. Diese Kosten werden aktuell noch ermittelt und dann im Baukredit eingestellt.

6. Frage / Peter Küng (SP) – Ehemalige Coop-Bäckerei

Gibt es Neuigkeiten zur zukünftigen Nutzung der alten Coop Bäckerei?

Stadtrat Daniel Muri: Nein, ihm sind keine Neuigkeiten bekannt. Die Liegenschaft gehört dem Kanton und dort könnten auch Ideen bezüglich der künftigen Nutzung der Liegenschaft eingebracht werden.

7. Frage / Peter Küng (SP) – Unterflurcontainer bei Überbauung Aurisa

Die Container waren an den letzten Wochenenden immer voll, die rumstehenden Abfallsäcke ein gefundenes Fressen für die Wildtiere und der Abfall der offenen Säcke landete in der Ergolz. Wurde die Kapazität falsch berechnet oder kann durch eine schnelleren Kadenz der Leerung das Problem gelöst werden?

Die Frage ist bereits bei der Beantwortung der 1. Frage beantwortet worden.

8. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Bewilligung für diverse Glaubensgemeinschaften

Fast täglich sind an diversen Standorten Gruppen mit fahrenden Ständen anzutreffen. Sie gehen zwar nicht aktiv auf die Leute zu, doch sind sie für viele Kunden und Besucher ein Ärgernis.

Frage: Wie sieht die Bewilligungspraxis der Stadt diesbezüglich aus?

Stadträtin Pascale Meschberger: Diese Gruppierungen sind dem Stadtrat bekannt. Es braucht für fahrende Stände keine Bewilligung, da es sich nicht um eine gesteigerte Nutzung der Allmend handelt. Die Stadt kann erst eingreifen, wenn die Personen aktiv die Passanten belästigen.

9. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Bussen wegen Littering

Obwohl wir gemäss Reglementen und Verordnungen die Möglichkeit hätten, Bussen auszusprechen, nimmt das Littering-Problem weiter zu, ohne dass viel dagegen getan wird.

Frage: Sind Stadtrat bzw. Verwaltung bereit, diesbezüglich vermehrt einzuschreiten, damit Fehlbare auch wirklich gebüsst werden?

Stadträtin Pascale Meschberger: Auch der Stadtrat hat festgestellt, dass das Littering zugenommen hat. Es handelt sich um ein gesamtschweizerisches oder gar europäisches Problem. Es sind deshalb im April und Mai in der Stadt Liestal Schwerpunktkontrollen bezüglich Littering geplant. Es können Ordnungsbussen ausgesprochen werden, doch müssen diese Personen in flagranti erwischt werden. Verwarnungen wurden bereits ausgesprochen. Auch ist präventiv eine Plakataktion geplant.

10. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) - Bahnhofpaten

Könnte man in dieser so wichtigen Zeit des Bahnhofumbaus mit laufenden Zugangsänderungen die Bahnhofpaten nicht wieder ausgraben?

Stadträtin Pascale Meschberger: Das Sicherheitspersonal wird von den SBB angestellt. Weitere Abklärungen bezüglich möglichen Lösungen nach Abschluss der SBB-Bauarbeiten werden noch getroffen.

11. Frage / Daniel Schwörer (FDP) – Heimatfilm

Der Stadtrat wird gejagt
in Benny Hill Manier
von Krämern, die geplagt
durch hohe Park-Gebühr.

Und mit dem Filmchen drehen
wuchs Freud und Spass und Witz.
Es förderte das Verstehen
und auch Respekt villicht e bitz.

Doch da gibt's noch die Jenen
sie heissen liestal orientiert.
Wohlan, sie öfteres klönen
was städtische Planung diktiert.

Mit ihnen ein therapeutischer Film
wär' besser als beidseitiges Keifen.
Darum die folgende Frage gestellt:
Wie wär's mit einem Heimat-Streifen ?

Stadtpräsident Daniel Spinnler:

*Liestal orientiert - sich nach Norden
Dort wäre Benny Hill heuer 100 geworden
Liestal orientiert - sich nach Westen
Dort sind sie bald in Lupsiberg am Festen
Liestal orientiert - sich auf keinen Fall zurück
Findet in neuem Bahnhof, Post und Allee ihr Glück
Und um auf die Frage zurückzukommen
Auf unserer Welt wäre mit Konfliktlösung dank Film viel gewonnen.
Daher sage ich im Sinne des Baselbieterlieds: Jo.*

254 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Schulfach Medien und Informatik (Nr. 2022-151) – Berichte Stadtrat sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Dominique Meschberger (SP) stellt als Kommissionspräsidentin der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission den SBK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-151a vor: Die SBK hat nach der Vorberatung einstimmig entschieden, den stadträtlichen Antrag zu unterstützen. Sie dankt für die offene Diskussion bei der Kommissionsarbeit. Die SBK ist der Meinung, dass sich die Zeiten geändert haben und elektronische Geräte heute zur Grundausstattung gehören. Das Fach Medien und Informatik (M&I) ist an den Schulen einzuführen und viele Informationen erhält man mit Computerprogrammen, mit App's, im Internet usw. Die meisten Lehrmittel besitzen bereits elektronische Lernteile und es gibt bereits heute tolle Angebote, welche im Unterricht angewendet werden können. Ein grosses Thema war natürlich auch in der SBK der Missbrauch, die Cyber-Kriminalität, der soziale Druck bzw. Mobbing usw. Diesen grossen Gefahren werden die Kinder ausgesetzt sein, sobald sie sich mit elektronischen Geräten auseinandersetzen müssen. Diese Themen müssen deshalb auch gleich von Anfang an angesprochen und vertieft werden. Man sieht aber auch eine Chance für die Lehrpersonen, die damit natürlich eine grosse Aufgabe zu bewältigen haben, jedoch auch die Chance haben, diese Probleme und Themen früh anzugehen, bevor sie privat ihre eigenen Geräte bekommen. Es ist halt einfach eine Tatsache, dass viele Schüler bereits in der 3. Klasse mit einem eigenen Handy unterwegs sind und dies kann nicht verhindert werden. Es ist deshalb besser, wenn dies unsere Schulen von Anfang an begleiten können, weil halt oft auch die Eltern überfordert sind. Diesen fehlt oftmals das Wissen und sie auch meist keine Regeln durchsetzen oder darüber reden. Der SBK ist es ebenfalls wichtig, dass der Einsatz elektronischer Geräte nicht andere Werte verdrängt, welche für die Entwicklung der Kinder ebenfalls wichtig sind. Zentral muss immer noch das Erlebnis selbst und die menschliche Beziehung bleiben. Die Klassen sollen mit oder ohne iPad Exkursionen unternehmen, die Schule soll nach draussen verlegt werden, die Materie muss berührt und untersucht werden, es soll Zeit für Gruppenarbeiten eingeräumt und auch die Gesprächskultur entwickelt werden. Die Kommission hat volles Vertrauen in die Lehrkräfte der Schule Liestal, dass dies auch so gehandhabt wird. Schlussendlich sind es nicht die Medien, Materialien, Räumlichkeiten oder Methoden, die den grössten Einfluss auf unsere Kinder haben, sondern es sind die Menschen, mit welchen sie eine Beziehung aufbauen und welche ihnen als Vorbilder dienen. In der SBK ist auch der Antrag der Grünen Fraktion behandelt worden, dass man mit weniger iPad's schaffen würde und nicht jedes Kind ein eigenes iPad besitzt. Dieser Antrag ist mit 5 Nein- gegen 1 Ja-Stimme abgelehnt worden, da es finanziell keinen grossen Unterschied macht und mit persönlichen Passwörtern die Geräte auch schnell in Gebrauch genommen werden können. Ausserdem trägt man zu einem persönlichen Gerät mehr Sorge, als wenn man dieses mit anderen Benützern teilen muss.

Sibylle Schenker (GL) führt als Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion aus, dass es bei diesem Geschäft keine einheitliche Meinung der Fraktionsmitglieder gibt. Beim Thema Schule haben wir alle fast immer eine klare Meinung und Vorstellung, was richtig oder falsch ist, da wir selber zur Schule gegangen sind, vielleicht auch schon schulpflichtige Kinder hatten oder gar selber Schule geben. Sehr vielfältig sind die Erfahrungen und prägende Erinnerungen sind wohl kaum die Mathebücher oder Lesehefte, sondern die sozialen Begegnungen und Beziehungen. Sie selbst hat als technische Erinnerung höchstens noch das Sprachlabor und diese Erinnerung dürften auch nur noch die über 40-Jährigen haben. Die Erwartung und Hoffnung ihrer Fraktion ist es, dass sich die heutigen Kinder später nicht nur noch an das Tablet erinnern, sondern dass andere Dinge wie Lager, Exkursionen, eine Lesenacht oder gemeinsame Geburtstagsrituale in Erinnerung bleiben werden. Wenn es um das ICT-Thema und den technischen Fortschritt geht, haben wir meistens auch eine klare Meinung: Die Technik ist toll,

solange sie funktioniert und sonst ist es die Hölle. In dem Sonderkredit sind jetzt die beiden Themen kombiniert und die Meinungen in ihrer Fraktion etwa so vielfältig wie die erwähnten Schulerfahrungen aller. Die Gefahren von zu viel digitalem Input, das Fehlen von direkten Erlebnissen sowie haptische Erfahrungen, welche erwiesen vor allem bei jungen Kindern beim Lernen wichtig sind, Konzentrationsschwächen wegen zu langen Bildschirmzeiten usw. sind alles Bedenken, die man haben kann. Das Zerren von Ressourcen, die seltene Erde, der Gebrauch von grauer und der effektiv sichtbaren Energie sowie weitere Aspekte sind Bedenken der Grünen. Das Teilen von Geräten mindestens in der dritten oder vierten Klasse hätte sich ihre Fraktion als genügend gute Ausrüstung vorstellen können und das Einloggen mehrerer User ist technisch ja auch machbar. Aber es sind eben auch die unglaublich vielen Chance, die sich mit dem umfassenden und umfangreichen Konzept auftun. Stichworte dazu sind Chancengleichheit, digitale Lehrmittel, Erleichterung bei der Bereitstellung und Behandlung von individuellem Lerninhalt, gelernter und vor allem begleiteter Umgang mit Medien usw. Die Ausrüstung 1:1 ermöglicht es den Lehrpersonen, einer ganzen Klasse gleichzeitig iPad-Aufgaben zu geben und diese müssen nicht auf eine halbe Klasse ausgewichen werden. Das man beispielsweise beim Rechnen unmittelbar eine Antwort bekommt, ob die Lösung nun richtig oder falsch ist oder dass beim Französisch-Unterricht die Aussprache gleich korrigiert wird, hat beim Lernen sicher grosse Vorteile. Bei der anschliessenden Abstimmung wird sich dann zeigen, wie die Pro und Contra gewichtet werden. Wichtig ist für uns alle und wohl auch die Lehrpersonen, dass das Kind im Zentrum steht, das Leben definitiv live bzw. nicht digital stattfindet und dass nach wie vor Äpfel zum Znüni gegessen werden und nicht nur Tablets ein- und ausgeschaltet werden.

Séverine Salathe (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecherin, dass dieses Geschäft auch in ihrer Fraktion eingehend diskutiert wurde. Verschiedene Bedenken wurden geäussert und vor allem die 1:1-Ausstattung sowie die Wahl der Anbieter wurden länger besprochen. Grossmehrheitlich ist ihre Fraktion der Meinung, dass die Vorteile überwiegen, und man findet es wichtig, dass bereits Schüler den sicheren Umgang mit Medien kennen lernen. Die stadtträtliche Vorlage ist von der SBK sehr sorgfältig und fachlich fundiert vorberaten worden, wobei auch die Fragen und Bedenken der letzten Ratssitzung mit dem Stadtrat und der Schulleitung besprochen wurden. Die SP-Fraktion spricht sich mehrheitlich für eine Genehmigung des beantragten Kredites aus und vertraut den Lehrpersonen, dass diese sorgsam mit den neuen Arbeitsmedien umgehend und arbeiten werden.

Denise Meyer (SVP) teilt als Sprecherin der SVP-Fraktion mit, dass ihre Fraktion an der SBK-Sitzung leider nicht präsent war und somit kann im Kommissionsbericht nicht von einem einstimmigen Entscheid die Rede sein. Das Geschäft ist in ihrer Fraktion auch länger diskutiert worden und man ist sich länger und mehr bewusst, dass wir uns länger und mehr in einer digitalen Welt bewegen und die Kinder immer früher damit konfrontiert werden. Es soll aber nach wie vor der Entscheid der Eltern sein, ob und wann ihre Kinder damit aufwachsen. Bezüglich den Sicherheitsbedenken wurde auch schon viel gesagt. Weitere Bedenken wurden von ihr bereits an einer früheren SBK-Sitzung geäussert, doch möchte sie an dieser Stelle nicht nochmals im Detail darauf eingehen. Von der Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion wurden verschiedene Punkte festgehalten, die auch von ihrer Fraktion unterstrichen werden können. Ein Einzelsprecher der SVP-Fraktion wird sich nachher noch zum Geschäft äussern. Von der SVP-Fraktion werden 6 Ratsmitglieder bei einer Enthaltung den Kreditantrag ablehnen.

Vreni Wunderlin (GLP) hält als Fraktionssprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion fest, dass sich SBK-Mitglied Benjamin Erni (EVP) für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste, weshalb sie seinen Bericht verliest:

Ich bedanke mich bei Bereichsleiterin Monika Feller und Stadtrat Lukas Felix für die Beantwortung unserer Fragen und der Aufnahme unserer Bedenken und kritischen Anmerkungen. Die Schule Liestal ist aktuell mit dem minimalen Schulstandart, welcher vor 10 Jahren beschlossen wurde, ausgerüstet. Nun in dieser Zeit ist gerade im Blick auf die Computerentwicklung viel passiert. Die Computer-Entwicklung generell hat unser Alltag verändert. Dass kann

Frau/Mann gut finden oder nicht, den Umgang damit mussten wir trotzdem lernen. Auch für unsere Kinder ist es wichtig, dass sie den Umgang mit den neuen Medien lernen. Sie sollen nicht nur lernen wie sie ein Gerät bedienen können sondern auch die Gefahren und Chancen kennen. Uns ist es wichtig, dass die Schüler/innen in der Breite gefördert werden. Dass es Angebote draussen z.B. im Wald gibt aber auch Angebote mit welcher der technischen Entwicklung Rechnung tragen. Die gesammelten Unterschriften der Lehrpersonen der Liestaler Schule setzten ein deutliches Zeichen für die Beschaffung der Geräte. Wir als Einwohnerrat können nun auch ein Zeichen der Unterstützung an die Lehrpersonen zurücksenden. Die GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

Eva Eugster (FDP) informiert als FDP-Fraktionssprecherin darüber, dass der Schulrat vor nicht all zu langer Zeit das wichtige strategische Ziel M&I formuliert, welches nun auch erfüllt werden soll. Die Schulleitung prüft, wie und welche digitalen Hilfsmittel im Unterricht sinnvoll eingesetzt werden können. Die Schülerinnen und Schüler lernen einen verantwortungsvollen und bewussten Umgang mit der Digitalisierung. Gemäss kantonaler Vorgabe soll das Pflichtschulfach M&I in der fünften und sechsten Klasse eingeführt werden und somit ist auch die Geräteanschaffung gemäss dieser Vorgabe nötig. Die Empfehlung für die 1:1-Einführung ab der dritten Primarklasse ist sinn voll und kann damit begründet werden, dass eine flexible anpassungsfähige Unterrichtsgestaltung mit innerer Differenzierung gewährleistet werden kann und das ist gerade für eine verstärkte Heterogenität innerhalb Schulklassen mit unterschiedlichem Wissensstand-Niveau sehr wertvoll. Die modernen Lehrmittel funktionieren heute mit persönlichen Accounts und personalisierte Geräte verstärken die Selbstverantwortung der Schülerinnen und Schüler. Dies im Sinne, dass man das sorgfältig behandelt, was einem gehört. Im Zusammenhang mit einigen Einwänden und Gegenargumenten möchte sie doch auch noch einige Punkte festhalten. So sollen Kinder der dritten Klasse nicht fähig sein, ihr iPad nach Hause transportieren zu können. Natürlich müssen iPad's nicht a priori jeden Tag nach Hause mitgenommen werden und vor allem nicht auch schon vom ersten Tag der Einführung an. Sie hat das volle Vertrauen in die Lehrpersonen, dass diese einschätzen und ermessen können, ab welchem Alter und Zeitpunkt die Schüler ihre iPad's nach Hause nehmen können. Die Lehrpersonen sind schliesslich ausgebildete Fachkräfte, die ihr Handwerk verstehen und täglich ihr Bestes geben. Eine grosse Mehrheit der Lehrpersonen wünscht und begrüsst auch die 1:1-Einführung, was diese dem Einwohnerrat auch mit dem offenen Brief vom März 2023 mitgeteilt haben. Auch wird behauptet, dass die Chancengleichheit nicht gewährleistet sein soll. Nein, es ist doch gerade umgekehrt, da beispielsweise Kinder aus bildungsfernen Familien sich dank solcher Hilfsmittel einfacher und schneller das Wissen aneignen können. Ebenfalls wird der Einwand gemacht, dass die Bildschirmzeit wegen dem iPad der Schule zu lange wird. Dies ist eine Frage der Einstellung, was von der Schule mit der App-Auswahl und regulierbaren Bildschirmzeit gesteuert werden kann. Zu lange Bildschirmzeiten wären somit auf andere elektronische Geräte und nicht auf das iPad der Schule zurückzuführen. So wurde ja von einer Vorrednerin festgehalten, dass bereits Drittklässler ein eigenes Handy besitzen. Der Lehrpersonenmangel ist überall erkennbar, doch Liestal gilt als attraktiver Arbeitsort, doch müssen die Grundbedingungen auch weiterhin stimmen. Liestal ist keine exotische Gemeinde, weil sie das M&I-Konzept als erste Gemeinde einführen möchte, sondern bewegt sich eher im unteren Durchschnitt derjenigen Gemeinden, welche nun auch noch M&I einführen möchte. Man muss deshalb sehr gut aufpassen, wohin es führen könnte, wenn man auf die Einführung von M&I verzichten würde. Denn so haben angehende Lehrkräfte bereits beim Studium zur Primarlehrperson die informatische Bildung als elementares Pflichtfach zu besuchen. Das nötige Fachwissen wird den Lehrkräften somit bereits bei der Ausbildung vermittelt und es wäre doch sehr bedauerenswert, wenn Junglehrpersonen aufgrund ungenügender Infrastruktur die Primarschule Liestal nicht als Arbeitsort in Erwägung ziehen würden. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag mehrheitlich zustimmen.

Bernhard Bonjour (SP) stellt als Einzelsprecher fest, dass die Digitalisierungsinitiative vom Kanton angerissen wurde und Liestal macht trotz skeptischen Stimmen hier im Einwohnerrat mit. Er ist grundsätzlich gegen das Projekt, da ihm der Bericht der Schule zu enthusiastisch ist, denn diesem kann man wenig Skepsis sowie Selbstkritik entnehmen. Und bei Fragestellungen ist man mit einem Schübel an Rechtfertigungsantworten bedient worden, was ihn doch auch wieder leicht misstrauisch macht. Die M&I-Einführung wird auch von ihm nicht bestritten, doch bezüglich der 1:1-Abgabe werden unterschiedliche Meinungen vertreten. Die praktischen Unterschiede dürften nicht gravierend sein, doch der wesentliche Unterschied dürfte darin liegen, ob man die iPad mit nach Hause nehmen kann oder nicht. Mit den von ihm gemachten langjährigen Erfahrungen im Schulbereich sieht er die Gefahr darin, dass viele Jugendliche im Internet und den Möglichkeiten der digitalen Welt regelrecht untergehen, was man doch ernst nehmen sollte. Und es ist im Zusammenhang mit der sozialen Benachteiligung wohl unwesentlich, ob man von der Schule ein eigenes Gerät erhält oder nicht. Der wesentliche Unterschied dürfte wohl wesentlich darin liegen, dass es Eltern gibt oder eben nicht gibt, die Einfluss nehmen und Grenzen setzen möchten, ab welcher Klasse ihre Kinder beispielsweise den freien Internetzugang haben. Aus Gesprächen mit Eltern weiss er, dass den Eltern diese Möglichkeit und Einflussnahme verwehrt wird, sobald Kinder mit einem iPad von der Schule nach Hause kommen. Die M&I-Begleitung ist halt auch nur durch Eltern möglich, die über eine entsprechende Bildung verfügen und auch Zeit haben, wenn ihre Kinder zu Hause mit dem iPad die Aufgaben erledigen. Ihm fehlt der Glaube daran, dass Eingrenzungen bezüglich App's und der Regulierung von Bildschirmzeiten möglich sind und er kann sich auch nicht vorstellen, dass Lehrer im Klassenverband merken, was die Schüler nun mit ihrem iPad machen und was nicht. Und wenn er hört, dass es mit dem Klassensatz nicht funktioniert, weil man die Geräte nicht findet oder diese sind nicht aufgeladen, wie kann man denn dann von den Lehrern eine Kontrolle über die ganze Klasse bei der 1:1-Lösung erwarten? Er anerkennt die durchaus guten Absichten, glaubt aber, dass sich verschiedene Befürchtungen schon nach kurzer Zeit bewahrheiten werden. In der Schule wäre die persönlichere Auseinandersetzung viel wichtiger und die Schulen müssen sich bewusst werden, wie gefährlich es ist, wenn den Schülern das iPad nach Hause mitgegeben wird und wie klein die Kontrollmöglichkeiten auf die Dauer sind. Die verschiedenen kritischen Punkte sollten bei den M&I-Weiterbildungen zumindest thematisiert werden.

Markus Hügin (SVP) bemängelt, dass das Thema Jugendschutz in keiner Vorlage und in keinem Bericht thematisiert wird. Problemlos kommt man im Internet auf Seiten, welche nicht jugendfrei sind und wie geht man damit bei der Umsetzung von M&I um? Wer bewilligt die App's, welche in den Schulen angewendet dürfen? Und dabei sollte es keine Rolle spielen, ob es sich um Geräte der Schuler oder private Geräte handelt. Firewall-Beschränkungen dürften in der Schule möglich sein, jedoch zu Hause wohl nicht durchwegs funktionieren. Er glaubt auch nicht, dass Schüler zu einem Leihgerät der Schule mehr Sorge tragen würden als bei einem privaten Gerät.

Vreni Wunderlin (GLP) begrüsst die Einführung von M&I ab der dritten Klasse, doch muss eine fundierte Unterstützung der Lehrerschaft sichergestellt sein und auch der IT-Support muss funktionieren. In Seltisberg ist M&I aber der dritten Klasse eingeführt worden, doch dürfen die Geräte bis zur sechsten Klasse nicht mit nach Hause genommen werden, was sie persönlich auch befürwortet. Dem beantragten Kredit wird sie zustimmen.

Stefan Fraefel (Die Mitte) führt aus, dass er sich bei der Überweisung der stadträtlichen Vorlage durchaus kritisch geäußert hatte und ihn der SBK-Bericht auch nicht gerade wahnhaft beruhigt hatte. Allerdings habe ihn der offene Brief an den Einwohnerrat von rund 120 Lehrkräften zum Nachdenken gebracht. Gestützt auf welchen Erkenntnissen sollte er sich nun eine Meinung bilden? Er selbst ist auch 13 Jahren zur Schule gegangen, doch ist er nun ein Experte im Bildungsbereich? Das Bild der früheren Schule und damaligen technischen Gerätschaften wie das nationale Autotelefon bzw. Natel, der Röhren-Fernseher usw. ist heute halt schon nicht mehr aktuell und somit darf er seine alten Vorstellungen wohl auch nicht ins Jahr 2023

projizieren. Er wird deshalb wohl eher auf die Experten hören, dies aber natürlich auch nicht uneingeschränkt. Und wenn er ein gesundheitliches Problem habe, dürfte ihm der Hausarzt wohl eher weiterhelfen als Dr. Google. Und wenn nun 120 Lehrpersonen das M&I-Konzept gemäss dem offenen Brief vom März 2023 unterstützen, kann er einfach nicht darüber hinwegsehen, weshalb er dem Kredit vorbehaltlos zustimmen wird.

Richard Gafner (FDP) stellt fest, dass wir überall mit der digitalen Welt konfrontiert werden und so wird beispielsweise dem vierjährigen Kind das Handy als Spielzeug überlassen, damit seine Eltern das Nachessen in Ruhe geniessen können. Ein solcher Umgang mit den Medien ist nicht gerade sinnvoll und er findet es gut, dass die Schule möglichst früh mithilft, dass die Kinder den Umgang mit den Medien und den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln lernen. Und bezüglich dem Management von Tools ist es heute überhaupt keine Problem mehr, dass der Zugriff auf App's usw. ermöglicht wird oder nicht. Und grundsätzlich ist es auch möglich, dass der iPad-Gebrauch beispielsweise nur bis 20.00 Uhr möglich ist bzw. diese zeitlich eingeschränkt werden kann. Auch sind technische Mittel vorhanden, womit auch Kinder vor sich selbst geschützt werden können.

Michael Durrer (GL) hält fest, dass er es noch selten erlebt habe, dass sich so viele Ratsmitglieder zu einem Geschäft äussern, wie im vorliegenden Fall. Dies, obwohl ja die meisten Ratsmitglieder keine Ausbildung im IT oder pädagogischen Bereich haben. Die M&I-Einführung ist doch ein sehr emotionales Thema, was wohl auch darauf zurückzuführen ist, dass im Bereich der Digitalisierung vieles nicht greifbar ist und bei dieser rasanten Entwicklung auch alles sehr schnell passiert. Er ist Befürworter der 1:1-Lösung und möchte aber auch nicht mehr auf die einzelnen Argumente eingehen. Sein Entscheid basiert darauf, dass bereits jetzt sehr viele Lehrmittel in der Primarschule auf digitale Inhalte setzen und dass dafür auch elektronische Geräte genutzt werden könnten. Der heutige Unterricht ist sehr individuell aufgebaut, die Klassen sind doch sehr gross und es ist nicht mehr so, dass eine Lehrperson gleichzeitig nur noch ein Fach unterrichtet. Ab der Sekundarschul-Stufe gehört der Schulunterricht mit dem iPad zum Alltag und die Schweiz hinkt im Bereich der Digitalisierung gegenüber anderen Ländern doch hinten nach. In der Berufswelt werden M&I-Kenntnisse vorausgesetzt und das dürfte länger und mehr wichtiger werden. Die Digitalisierung und die elektronischen Geräte gehören zu unserem Alltag und dies wird wohl auch so bleiben, was man natürlich gut oder schlecht finden kann. Ihm ist ebenfalls bewusst, dass elektronische Geräte aus ökologischer Sicht problematisch sind. Er kann vielen Argumenten der Rats- und Fraktionsmitglieder mit einer M&I-Ablehnung folgen, obwohl für ihn die Flughöhe im Zusammenhang mit der heutigen Abstimmung eine ganz andere ist. Denn wir entscheiden nicht darüber, ob wir für oder gegen die Digitalisierung sind, welche Geräte die Schule anschaffen wird und wie die Lehrpersonen diese dann einsetzen werden. Mit der Kreditbewilligung kann der Einwohnerrat aber für die Kinder und Lehrkräfte gute Voraussetzungen für die Einführung von M&I schaffen.

Yves Jenni (GLP) meint, dass wohl alles Wichtige bereits gesagt wurde. Und so möchte er lediglich darum bitten, dass man den offenen Brief der Lehrpersonen an den Einwohnerrat vom März 2023 ernst nehmen sollte, denn bei diesen handelt es sich um Experten, welche M&I schlussendlich auch umsetzen müssen.

Domenic Schneider (GLP) stellt fest, dass natürlich nicht immer alles Neue auch gut ist. Seine Grossmutter musste noch monatlich sieben Franken bezahlen, damit sie eine Lehre zur Hausdame machen konnte, was heute ja undenkbar ist. Seine Mutter musste ein Schulbuch noch mit vier Geschwistern teilen, was heute ebenfalls undenkbar ist. Er selbst hatte in der dritten Sekundarschulklasse verbotenerweise vom Biologielehrer Aufklärung bekommen, doch durfte er zu Hause nicht darüber reden, was heute auch undenkbar wäre. Seine 20-jährige Tochter ist vor vier Jahren aus der Schule gekommen und niemand in der Klasse konnte damals eine Bewerbung mit Word schreiben, weil dies einfach nicht Bestandteil des Lehrstoffes war. Das war vor vier Jahren falsch und ist auch heute noch falsch. Die digitale Maturität muss bei unseren Kindern nun viel früher anfangen, damit schon jüngere Schüler den Umfang damit lernen und nicht noch mehr Jugendliche psychische Probleme bekommen, wie dies im SBK-Bericht

geschildert wird. Auch der Einwohnerrat hat die Verantwortung dafür, dass für die Zukunft unserer Kinder geschaut wird und dazu gehören die digitalen Mittel einfach dazu. Aus diesem Grund muss der Kreditantrag auch unterstützt werden.

Natalie Oberholzer (GL) möchte doch auch noch etwas zur Pädagogik sagen, da sie doch seit über 10 Jahren mit Schulklassen unterwegs ist und auch Lehrer-Fortbildungen macht. Ihr geht es nicht um den Verzicht, sondern um das richtige Mass. In ihren Augen ist es aber zu früh, bereits Drittklässlern ein iPad zu überlassen, denn dies ist nicht zielführend und gar schädlich, was sie schon an der letzten Ratssitzung begründet hatte. Die Technik muss der Pädagogik folgen und nicht umgekehrt bzw. der Inhalt kommt vor der Infrastruktur, was auch die Meinung des Schweizerischen Städteverbandes ist. In der stadträtlichen Vorlage und auch im kantonalen Leitfaden werden die pädagogischen Aspekte nur ganz grob angetönt, obwohl dieses Thema eigentlich prominent zuallererst behandelt werden sollte. Wie sollen die digitalen Medien im alltäglichen Unterricht konkret integriert werden? Wann wird was und wie oft für was eingesetzt? Was sind die didaktischen Begründungen? Mit welchen Methoden und Mitteln werden welche Lernziele in den einzelnen Fächern erreicht? Erreicht man mit den digitalen Medien tatsächlich einen zusätzlichen Lernerfolg? Laut einer Medienpsychologin an der Fachhochschule konnte der Lernerfolg von der Forschung noch nicht nachgewiesen werden. Es wurde gar bei Klassen mit dem Gebrauch digitaler Medien eine schwächere Lesekompetenz festgestellt als bei Klassen mit analogen Medien. Es sind einfach noch zu viele pädagogisch Fragen, welche noch unbeantwortet sind. Dass gemäss der stadträtlichen Vorlage erst nach der Kreditsprechung ein pädagogisches Konzept ausgearbeitet werden soll, ist für sie unlogisch, denn vor der Investitionsplanung sollte ein ausführliches pädagogisches Konzept vorliegen, welches auch den tatsächlichen Bedarf aufzeigt. Nun wird aber nach dem heutigen Entscheid grosszügig eingekauft und den Lehrpersonen ein schönes Ostergeschenk gemacht, bevor man dann vor der Anwendung merkt, dass die Hälfte der Geräte und der Gebrauch ab der fünften Primarschulklasse auch gereicht hätte. Das jetzige Vorgehen ist für sie überhaupt nicht kostenbewusst und ressourcenschonend, weshalb sie Kreditantrag ablehnen wird.

Daniel Jurt (SVP) legt dar, dass er in einem hochdigitalisierten Umfeld arbeite und wärmstens empfehle, auch wirklich kompetente IT-Spezialisten beizuziehen. Er selbst hat für ein ausgeliehenes Gerät unterschreiben müssen und deshalb würde es ihn interessieren, ob denn Drittklässler bezüglich dem erhaltenen iPad und den Benützungsaufgaben auch etwas unterzeichnen müssen.

Eva Eugster (FDP) führt aus, dass sie seit 25 Jahren als Sekundarschullehrerin tätig ist und tagtäglich wird mit iPads gearbeitet. Es sind verschiedene Aussagen gemacht worden, welche so einfach nicht stimmen. So ist es sehr wohl möglich, dass eine Lehrperson während des Unterrichts sehr wohl alle Schüler überwachen kann, was sie gerade mit dem iPad machen. Auch ein richtiges Mass ist möglich, denn man wird beispielsweise keinem Drittklässler das iPad ohne Grund und ohne Auftrag mit nach Hause geben. Ihr ist auch keine Lehrperson bekannt, welche der Verwahrung und Verwaltung Computer-Wagen nachtrauern würde, denn meist war eines der Geräte nicht aufgeladen, es wurde gerade ein Update gemacht, eine Tastatur fehlte usw. Diese Verantwortung würden nun die Schüler künftig selber tragen.

Stadtrat Lukas Felix möchte sich zuallererst bei der SBK und insbesondere bei der Präsidentin Dominique Meschberger (SP) bedanken, welche letztmals die Kommission präsiert hatte. Das Geschäft ist von der SBK sehr fundiert und sorgfältig geprüft worden. Gemäss Kommissionsbericht sind die zahlreichen kritischen Fragen vom Stadtrat und der Verwaltung zufriedenstellend beantwortet worden. Er möchte aber doch das mehrfach aufgebrachte Missverständnis aus dem Weg räumen, dass die Geräte bei einer 1:1-Ausstattung automatisch den Schülern mit nach Hause gegeben werden. Das kann man so in keinem Papier nachlesen und dies ist auch nicht so vorgesehen. Die ausgebildeten Lehrkräfte werden die Einführung so machen, dass die Kinder die iPads verantwortungsbewusst nutzen können. Auch werden die Geräte den Schülern nur dann mit nach Hause mitgegeben, wenn sie diese für die Erledigung der Hausaufgaben benötigen. Die Thematik Jugendschutz und auch Datenschutz ist wichtig,

deshalb sollen auch die gleichen Geräte wie der Kanton angeschafft werden, damit sich die Schule Liestal an das bestehende System anhängen kann, denn damit wird es weniger aufwändiger und auch günstiger. Auch gibt es keinen freien Internet-Zugang und auch die Benützungzeiten werden eingeschränkt. Die Ausbildung der Lehrkräfte wird vom Kanton finanziert und einige Lehrkräfte nehmen bereits jetzt daran teil. Bezüglich der 1:1-Ausstattung sowie dem Umgang mit den Geräten kann man von bereits gemachten Erfahrungen anderer Gemeinden profitieren. Auch werden Vereinbarungen mit den Eltern und auch den Schülern unterzeichnet, damit wird auch ein Bewusstsein geschaffen, womit weniger Geräte kaputt gehen dürften. Im Zusammenhang mit dem Gebrauch von privaten Geräten kann die Schule natürlich keinen Einfluss nehmen. Das pädagogische Konzept muss nicht auf kommunaler Ebene ausgearbeitet werden, sondern fällt in die Zuständigkeit und Kompetenz des Bildungsrates, welcher auch den Lehrplan unter sich hat. Er freut sich, dass man die SBK überzeugen konnte und dass die Tablets auf Primarstufe sinnvoll eingesetzt werden können. Er hofft, dass die Lehrpersonen und die Schulleitung bei der M&I-Einführung verantwortungsvoll umgehen werden. Wir dürfen von der neuen Technologie keine Angst haben, sondern diese als Werkzeug betrachten, welches unseren Kindern die bestmögliche Bildung bietet.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die identischen Anträge des Stadtrates und der SBK abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat stimmt dem Kredit von CHF 509'000.00 zur Einführung des Schulfachs Medien und Informatik für die Jahre 2023-2026 mit 22 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.10 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Sonja Niederhauser

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann